



Verteidigung der Ukraine jetzt!

Die gespenstische Debatte über geeignete/erlaubte Waffen

Dr. Klaus Olshausen

April 2022

Zusammenfassung

Am 17. Dezember 2021 hat Präsident Putin dem Westen den Krieg erklärt. Das Sicherheitssystem der Charta von Paris will er zerschlagen. Diese "Emser Depesche" Putins will der Westen noch nicht ernst nehmen. Nicht "Kriegspartei" zu sein ist irreführend. Putins Angriffskrieg gilt uns allen. Wenn "Russland diesen Krieg nicht gewinnen darf", dann müssen die NATO und EU-Staaten alles verfügbar machen, um dieses Ziel zu erreichen. Die breitest mögliche militärische Unterstützung ist erforderlich, um das Zurückwerfen des Aggressors aus der Ukraine zu erreichen. Sowohl der Artikel 51 der VN Charta als auch die Schutzverantwortung wegen des brutalen Vernichtungskrieges Russlands geben die völkerrechtliche Grundlage zum Handeln. Jetzt müssen die Staaten des Westens entscheiden, ob sie das Zurückwerfen des Aggressors jetzt wollen oder die weitere Vernichtung der Ukraine inkaufnehmen. Die Sorge, Putin ja nicht zum Eingreifen gegen NATO oder EU-Staaten zu reizen, ist das Rezept zur Verlängerung des Leidens der ukrainischen Bevölkerung. Es sollte verhindert werden, dass Putin erst einlenkt, nachdem die wirtschaftlichen Sanktionen endlich den "Nachschub" für seinen Krieg austrocknen.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Der brutale Krieg Russlands gegen die **Unabhängigkeit** und Freiheit der Ukraine tobt nun schon über sechs Wochen. Der mutige und mit sehr begrenzten Mitteln und Waffen geführte Abwehrkampf der ukrainischen Streitkräfte, Milizen und gesamten Bevölkerung hat alle Regierungen in Europa, Amerika und darüber hinaus beeindruckt und ob ihrer vor dem Krieg und im Krieg begrenzten materiellen Unterstützung sehr beschämt.

Wo stehen wir?

Bundeskanzler Scholz sagt am 6. April im Bundestag, „Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen“.

Wenn dies jetzt der erklärte Zweck (geworden) ist und es nicht mehr vorrangig um einen gesichtswahrenden Ausweg für Putins Regime geht, dann muss aber einiges anders gemacht werden.

1. Es muss klar benannt werden, dass der russische Krieg nicht der Ukraine allein gilt, sondern allen europäischen Nationen. Das europäische Sicherheitssystem der Charta von Paris will Putin zerschlagen – aufgepasst! Putin hat den USA und der NATO bereits mit seinen Ultimaten vom 17. Dezember 2021 den Krieg erklärt. Es war seine „Emser Depesche“. Und der "Westen" hat versucht, sie nicht zur Kenntnis zu nehmen.
2. Das bedeutet aber, dass Putin gegen uns alle bereits Krieg führt. Deshalb ist die ständig wiederholte Feststellung der NATO, EU und der MS, dass man nicht „Kriegspartei“ werden wolle, irreführend. Der Krieg in der Ukraine gilt uns allen.
3. Jetzt – Monate zu spät – sollten möglichst viele der 140 Staaten, die in der Generalversammlung den Angriffskrieg Russlands verurteilt haben, die Ukraine massiv unterstützen – humanitär, finanziell, ökonomisch und mit allen Waffen zur erfolgreichen Verteidigung. Selbst heute fehlen für die Milizen noch hunderttausende Kalaschnikows, die nun wirklich der eigenen Selbstverteidigung in einer direkten Angriffssituation dienen. Das zeigt, dass schon auf dieser Ebene unverzeihliche Versäumnisse erkennbar sind.
4. Wenn Putin diesen Krieg nicht gewinnen darf, dann muss v.a. die erfolgreiche militärische Verteidigung der Ukraine, das Zurückgewinnen ihres gesamten Territoriums den zentralen Handlungsrahmen bilden. Ein Niederringen Putins v.a. mit wirtschaftlichen Sanktionen wird erst wirken, wenn Tod und Vertreibung der ukrainischen Bevölkerung und die physische Zerstörung des Landes ein inakzeptables Maß erreicht haben werden.
5. Für die Verteidigung bedarf es der Ausrüstung, der Waffen und der Logistik, um aus dem Abwehren in das Zurückwerfen des Aggressors kommen zu können. Dazu braucht die Ukraine alle Waffen, die ihre Streitkräfte einsetzen können v.a. zu Lande und in der Luft. Darüber hinaus müssen alle NATO und EU-Staaten koordiniert Aufklärungsergebnisse – auch im Cyberraum – bereitstellen, die diese aktive Verteidigung unterstützen, ja ermöglichen.
6. Mit dem aggressiven Vordringen in das Gebiet der Ukraine hat Putin auch die rechtliche Begrenzung der verteidigenden Ukraine aufgehoben ihre Verteidigung auf das eigene Territorium zu beschränken. Dies ist militärisch nur abhängig von der Verfügbarkeit erforderlicher Waffensysteme, einschließlich im Cyberraum.
7. Die seit Monaten öffentlich geführte Unterscheidung von defensiven und offensiven Waffen für Streitkräfte ist nicht sinnvoll, sondern unsinnig. Denn dann dürften ja auch unsere Streitkräfte im Abschreckungsmodus einer vorbereiteten Verteidigung z.B. keine Panzer, Kampfflugzeuge, Fregatten und weitreichende Waffen besitzen.



Deshalb geht es bei der westlichen Gespenster-Diskussion nicht um defensiv oder offensiv, sondern um die Sorge, Russland nicht zu reizen, ihre Waffen auch gegen NATO oder EU-Staaten einzusetzen.

8. Seit der russische Aggressor die Grenzen der Ukraine mit all seinen Streitkräften massiv verletzt hat, erlaubt das Völkerrecht der Ukraine, auf russischem Territorium militärische Maßnahmen durchzuführen, um den Erfolg Russlands zu verhindern.
9. Noch einmal, wenn „Russland nicht gewinnen darf“, dann muss jetzt gehandelt werden. Dazu zählt neben allen Möglichkeiten unter Artikel 51 der VN Charta auch die völkerrechtliche Verpflichtung zur Ausübung der Schutzverantwortung („responsibility to protect“) gegenüber der Ukraine, um deren Vernichtung und Zerstörung aufzuhalten und zu beenden.

Die anhaltende Zurückhaltung bei der Unterstützung der Ukraine, sei es wirtschaftlich, finanziell oder eben militärisch ist jedenfalls nicht der Weg, das von Bundeskanzler Scholz erklärte Ziel zu erreichen oder nur und erst nach völliger Zerstörung der Ukraine, wenn Russland irgendwann aufgrund der wirtschaftlichen Sanktionen der „Nachschub“ für seinen Krieg gegen Europa ausgeht.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und erschien erstmalig im Behörden Spiegel newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik, Nr. 349, 11. April 2022.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Dr. Klaus Olshausen